

Erziehung durch Arbeit

Die ungarische Regierung will Zwangsarbeit für Arbeitslose nach deutschem Vorbild einführen – inklusive Arbeitslager und Polizeibewachung. Vor allem werden davon Roma betroffen sein. Die Chancen stehen gut, dass das als „Ungarischer Arbeitsplan“ bezeichnete Gesetzesvorhaben verwirklicht wird, kann doch die Fidesz-Regierung mit ihrer Zweidrittelmehrheit im Parlament nahezu tun und lassen was sie will. Von Tomasz Konicz

Ungarn steht vor der Einführung einer allgemeinen Zwangsarbeit für alle bisherigen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Somit holt sich die erzreaktionäre ungarische Rechtsregierung um Premier Viktor Orban von der Partei Fidesz wieder einmal die Inspiration für ein faschistoides Politikvorhaben aus Deutschland. Budapest verankerte bereits eine „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild in der ungarischen Verfassung. Diese Parallelen gibt es auch beim jüngsten Vorstoß: Ähnlich dem Konzept der sogenannten Ein-Euro-Jobs innerhalb der Hartz-IV-Arbeitsgesetze, die von der Rot-Grünen Regierungskoalition 2005 durchgesetzt wurden, soll künftig allen arbeitslosen Ungarinnen und Ungarn jedwede Sozialhilfe gekappt werden, die sich der Zwangsarbeit in „öffentlichen Arbeitsprogrammen“ verweigern.

Die von der reaktionären Regierungskoalition aus Fidesz und Christlich-Demokratische Volkspartei für Anfang 2012 geplante Zwangsarbeit wird in Anlehnung an den rot-grünen Jargon ebenfalls als „gemeinnützig“ bezeichnet, wobei bis zu 300.000 Menschen ungarweit von diesem Zwangssystem erfasst werden sollen. Zum Einsatz sollen diese Arbeitskolonnen bei staatlichen Großprojekten, Infrastrukturvorhaben, der Landwirtschaft und dem Forstwesen kommen. Als Beispiele dieser „gemeinnützig“ Zwangsarbeit werden in den ungarischen Medien die Errichtung von Fußballstadien, Straßenarbeiten, die Instandhaltung der Kanalisation und das Aufschütten von Dämmen bezeichnet. Von diesen Maßnahmen wird hauptsächlich die Minderheit der ungarischen Roma betroffen sein, die Rund 7,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Aufgrund allgegenwärtiger Diskriminierung herrscht unter den Roma in Ungarn – die während des real existierenden Sozialismus zumeist in den längst abgewickelten Industriekombinaten und in der Landwirtschaft arbeiteten – derzeit eine Arbeitslosenquote von mehr als 50 Prozent.

Mit „ehrlicher Arbeit“ gegen Spekulation

In einem Interview machte Orban auch klar, dass diese Zwangsarbeit unter Vernachlässigung aller technischen Fortschritte des letzten Jahrhunderts zu leisten sei, da etwa die von den künftigen Arbeitssklaven aufzuschüttenden Dämme „nicht mit der Technologie des 21. Jahrhunderts gebaut werden, sondern während öffentlicher Arbeitsprogramme ... mit der Hand“. Ungarn müsse „auf den Pfad einer auf Arbeit basierenden Ökonomie zurückkehren, die Bürger müssen verstehen, dass es keinen Weg zum Reichtum durch Spekulation gibt“, tönte Orban bei einer Parlamentsansprache ende Juni in Anlehnung an ordinär faschistische Arbeitshausideologie. Die Einführung der Zwangsarbeit flankiert die Regierung Orban mit einer Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 270 Tagen auf bis zu 90 Tage, wie auch einer Reihe von administrativen Vergünstigungen für die Wirtschaft, die „den Unternehmern mehr Ellenbogenfreiheit“ verschaffen sollen, wie das *Wall Street Journal* anerkennend formulierte. Die Regierung Orban legte aber auch viel Kreativität an den Tag, um dass von der SPD und den Grünen in Deutschland eingeführte Zwangsarbeitssystem weiterzuentwickeln: Die ungarischen Arbeitskolonnen sollen den Regierungsentwurf zufolge auch privaten Unternehmer „ausgeliehen“ werden können, damit diese billigen Zwangsarbeitskräfte beim Ausheben von Gräben oder bei Hilfstätigkeiten auf dem Bau Verwendung finden. Mit diesem Zwangsarbeitssystem wird somit „ähnlich dem deutschen Vorbild“ eine massive Absenkung des Lohnniveaus forciert, da die Vergütung für diese Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beim Sozialhilfesatz von 28.500 Forint (circa 110 Euro) verbleiben soll, während der ungarische Mindestlohn bei 78.000 Forint (circa 295 Euro) liegt.

Die „Zumutbarkeitsgrenzen“ wurden in dem als „Ungarischer Arbeitsplan“ bezeichneten Gesetzesvorhaben ebenfalls drastisch verschärft, sodass die

künftigen Zwangsarbeiter landesweit eingesetzt werden können. Sollte der Fahrtweg von der Einsatzstelle zum Wohnort für die Betroffenen zwei Stunden überschreiten, dann sollen diese Menschen in lagerähnlichen Unterkünften aus Baracken gleich am Ort der Zwangsarbeit konzentriert werden. Diese Arbeitskolonnen werden künftig dem ungarischen Innenministerium unterstellt, das auch den entsprechenden Repressionsapparat organisieren soll. Frühpensionierte Polizisten sollen hierbei reaktiviert werden und die Überwachung der in den Arbeitslagern konzentrierten Arbeitskolonnen übernehmen. „Wir wollen diese Arbeiter nicht überwachen“, beruhigte Ungarns Innenminister Sándor Pintér bei einer Pressekonferenz ende Juni, aber die „Beschäftigung von 300.000 Menschen in Arbeitsprojekten ist eine komplizierte Angelegenheit, die exakt der Fähigkeiten dieser Polizisten bedarf“.<

Tomasz Konicz

arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Osteuropa. Er lebt unweit der westpolnischen Stadt Poznan.

Liebe Freundinnen und Freunde,

25 Jahre Bayerischer Flüchtlingsrat sind 25 Jahre Menschenrechtsarbeit. In diesen 25 Jahren habt Ihr die Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstrategien der Bayerischen Staatsregierung offen gelegt und Euch für eine Flüchtlingspolitik ohne Ausgrenzung und Rassismus eingesetzt.

Dafür an dieser Stelle schon einmal ein Danke an alle, die in diesem Vierteljahrhundert unermüdlich und couragiert daran mitgearbeitet haben.

Als Ihr Eure Arbeit 1986 aufgenommen habt, gab es ja zumindest auf dem Papier noch ein Grundrecht auf Asyl. Als dann aber 1992 in Rostock-Lichtenhagen die Flüchtlingsunterkünfte über Tage hinweg von einem entfesselten Mob angegriffen wurden, während die Polizei wegschaute, als die Flüchtlingszahlen stiegen, als in München Flüchtlinge im Katastrophenschutz bunker und in Containern auf der Theresienwiese untergebracht wurden, als der damalige Oberbürgermeister Kronawitter sich über zu teure Operationen für Flüchtlinge aufregte und die Volksmeinung auf seiner Seite hatte und der damalige Kreisverwaltungsreferent sich öffentlich beklagte, dass Flüchtlinge nicht jeden Dreck fraßen, sondern das Essen aus ihren Notunterkünften warfen – da war das Asylgrundrecht sturmreif geschossen. In einer großen Koalition der Asylrechtsunwilligen haben dann 1993 CDU/CSU, SPD und FDP mit ihrem Asylvernichtungspakt das Grundrecht faktisch abgeschafft – und die Flüchtlingsthematik an die Außengrenzen der Europäischen Union delegiert.

Entscheidend war, dass sich die Menschenrechtspolitik für Flüchtlinge damit ebenfalls internationalisieren musste. Es genügte nicht mehr, die menschenunwürdigen Zustände in den Bayerischen Flüchtlingslagern oder Abschiebeknästen anzuprangern. Es war nicht mehr genug, nur aufzuzeigen, dass sich der Bayerische Freistaat die schlechte Essensversorgung der Flüchtlinge mit Essenspaketen aus Abschreckungsgründen mehr kosten lässt als wenn allen Flüchtlingen das Geld in die Hand gedrückt würde. Die Verschiebung der Flüchtlingsthematik an die Außengrenzen der EU erforderte auch von Euch eine Internationalisierung des Blicks und der Aktivitäten. Ihr habt in den letzten 25 Jahren die Lobbyarbeit für Flüchtlinge modernisiert. Flüchtlingsströme werden von Euch als Ergebnis internationaler Migrationsbewegungen aufgrund von Armut und Kriegen angesehen und analysiert. Euer Blick auf den Flüchtling beginnt bei der Analyse der Fluchtgründe, geht weiter mit dem Aufzeigen der oft jahrelangen und gefährlichen Flucht und zeigt auf, was an den Mauern der Festung Europa wirklich geschieht: Ein mit brutalen Mitteln geführter Abwehrkampf des reichen Europa gegen die Flüchtlinge, die versuchen an diesem Reichtum teilzuhaben. Die Flüchtlinge, die in Bayern ankommen sind Teil einer weltweiten Migrationsbewegung. Während Ihr das Menschenrecht dieser Flüchtlinge zu erkämpfen versucht, will das offizielle Bayern alles tun, um Flüchtlinge zur Weiter- oder Rückreise zu bewegen. Das funktioniert am Besten, wenn man den Flüchtlingen die elementarsten Menschenrechte verweigert.

Also, lasst Euch hier einmal loben: Ihr seid im Bereich Flüchtlinge das Gegengewicht zur offiziellen Politik des Freistaates Bayern. Ohne Euch würden die Menschen in den Flüchtlingslagern vergessen werden bis zur Abschiebung – und danach sowieso. Die Lager würden unter Ausschluss der Öffentlichkeit die offizielle Politik der Abschreckung vollziehen. Mit immer neuen Ideen habt Ihr die inhumane Situation in Flüchtlingslagern und Abschiebeknästen immer wieder thematisiert. Und das 25 Jahre lang auf dem heftig umkämpften Markt der Aufmerksamkeit. Längst schon macht Ihr nicht mehr Politik für Flüchtlinge, sondern Politik mit Flüchtlingen.

Natürlich, es gibt sie noch, die Lager für Flüchtlinge, die Essens- und Hygienepakete, die mangelnde medizinische Versorgung, die Abschiebungshaft. Es gibt sie wieder, eine Bayerische Sozialministerin die schwadroniert, dass zwei Drittel der Flüchtlinge das „Gastrecht“ missbrauchen.

Aber es gibt ein gut funktionierendes Netzwerk für Flüchtlinge, es gibt engagierte Ehrenamtliche und eine engagierte Zivilgesellschaft, es gibt die Möglichkeit Druck auszuüben und zu verhindern, dass Menschenrechtsverletzungen in Vergessenheit geraten oder die Äußerungen einer Sozialministerin in Bayern gesellschaftlich relevant werden könnten. Das ist auch Ergebnis eurer Arbeit.

Ihr habt einen langen Atem bewiesen – und die Bekämpfung der Flüchtlingspolitik Europas und Bayerns wird einen noch längeren Atem brauchen. Von daher: Es gilt viele kleine und größere Erfolge für Euch zu feiern – aber der Weg zu einer humanen Flüchtlingspolitik ist noch weit. Aber ich bin mir sicher, ihr werdet auch die nächsten 25 Jahre dafür kämpfen.

Siegfried Benker

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste
im Münchner Stadtrat